

**Allgemeine Informationen
zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben
der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
im Fachdienst 2 - Finanzen der Gemeinde Bad Essen**

Vorwort

Die nachfolgenden Informationen betreffen die Verarbeitung personenbezogener Daten zu Zwecken der Finanzverwaltung bei der Gemeinde Bad Essen. Im Fachdienst 2 - Finanzen werden für den Aufgabenbereich Kämmerei und Gemeindekasse im Zusammenhang mit der Erhebung von Steuern, Abgaben und sonstigen Forderungen, dem Zahlungsverkehr, der Buchhaltung, des Mahnwesens, der Vollstreckung sowie dem Geld- und Kreditgeschäft personenbezogene Daten erhoben, gespeichert, verarbeitet, übermittelt und/oder gelöscht.

Daten sind personenbezogen, wenn sie einer natürlichen Person, einer Körperschaft (z.B. Verein, Kapitalgesellschaft), einer Personenvereinigung oder anderen juristischen Personen zugeordnet werden können.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und darüber, an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

1. Verantwortlicher und Ansprechpartner

Verantwortliche Stelle im Sinne von Art. 13, 14 DS-GVO:

Gemeinde Bad Essen
Bürgermeister Timo Natemeyer
Lindenstraße 41/43
49152 Bad Essen
05472/40121
natemeyer@badessen.de

Ansprechpartner in Fragen des Datenschutzes:

Gemeinde Bad Essen
Beauftragter für den Datenschutz
Herr Michael Reschke
Lindenstraße 41/43
49152 Bad Essen
05472/40143
reschke@badessen.de

Ansprechpartner in Fragen der Datenverarbeitung:

Gemeinde Bad Essen
Fachdienstleiter Finanzen
Herr Carsten Lücke
Lindenstraße 41/43
49152 Bad Essen
05472/40140
luecke@badessen.de

2. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir bearbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), der Abgabenordnung (AO) sowie des Nds. Datenschutzgesetzes (NDSG).

Zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgaben benötigen wir personenbezogene Daten. Ihre Daten werden für die steuer- und abgabenrechtlichen Verfahren, die Verfahren zur Zwangsvollstreckung, für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und die damit verbundenen rechtlichen Vorgaben zur Buchführungspflicht erhoben und verarbeitet. Nur in gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen dürfen wir die erhobenen personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verarbeiten. Darüber hinaus verarbeiten wir personenbezogene Daten auch zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten.

Soweit eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke erteilt wurde (z.B. Kontodaten im Rahmen eines SEPA-Lastschriftmandates oder für Erstattungen), ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten die von Ihnen erteilte Einwilligung.

3. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogenen Daten:

- Vor- und Nachname, Geburtsname
- Geburtsdatum, Geburtsort
- Familienstand und unterhaltsberechtigte Personen
- Firmenbezeichnung
- Adresse bzw. Kontaktdaten wie Telefonnummer, Email-Adresse etc.
- Bankverbindungen
- Einkommens- und Vermögensverhältnisse

Ihre personenbezogenen Daten erheben wir in erster Linie bei Ihnen selbst, z.B. durch Abgabeerklärungen, Anträge, Schriftverkehr o.ä. Darüber hinaus erheben wir personenbezogene Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet oder befugt sind. Dies sind z.B.

- Amtsgerichte (Handels-, Vereins- und Gewerberegister, Grundbuch)
- Einwohnermeldebehörden und Gewerbeämter
- Notare, Jobcenter, Rentenversicherungsträger
- Kraftfahrtbundesamt, Bundeszentralamt für Steuern, Registerportal der Justiz u.ä.
- Kreditinstitute, Arbeitgeber

oder wenn Sie dem Dritten eine entsprechende Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben. Zudem können wir öffentlich zugängliche Informationen (z.B. aus Zeitungen, öffentlichen Registern oder öffentlichen Bekanntmachungen) verarbeiten.

4. Weitergabe Ihrer Daten an Dritte

Im Hinblick auf die Datenweitergabe unterliegen wir grundsätzlich dem Steuergeheimnis nach § 30 AO. Die von uns erhobenen bzw. uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten dürfen wir im Einklang mit § 30 AO sowie den Bestimmungen der DS-GVO nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist. Dies sind z.B.

- Gerichte
- Bundeszentralamt für Steuern
- Strafverfolgungsbehörden
- Finanzbehörden
- andere Gemeinden zur Sicherstellung der korrekten Anmeldung von Hunden (Hundesteuer)

5. Wie verarbeiten wir Ihre Daten?

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt weitgehend automatisiert im maschinellen Verfahren. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Veränderung, Vernichtung oder Verlust sowie gegen unbefugte Offenbarung oder unbefugten Zugriff zu schützen. Sofern eine automatisierte Verarbeitung der Daten unter Beauftragung eines externen Dienstleisters erfolgt, werden dieser zur Einhaltung der vorgenannten Sicherheitsvorkehrungen verpflichtet.

6. Wie lange speichern wir Ihre personenbezogenen Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie wir diese zur Erfüllung der jeweiligen Aufgabe benötigen. Maßgebend sind die jeweils geltenden gesetzlichen Verjährungsfristen.

Des Weiteren werden die Daten zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen gespeichert. Die in den entsprechenden Rechtsgrundlagen vorgegebenen Fristen betragen größtenteils bis zu zehn Jahre.

7. Rechte der Betroffenen nach Art. 15 ff. DS-GVO

Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftersuchen sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren gemacht werden.

Recht auf Berichtigung

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder vollständig sein, können Sie eine Berichtigung oder Vervollständigung Ihrer Daten verlangen.

Recht auf Löschung

Sie können eine Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig oder der Grund der Datenerhebung weggefallen ist. Eine Löschung ist nicht möglich, sofern die

Verarbeitung der personenbezogenen Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen, z.B. um die Richtigkeit der Daten oder die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung zu überprüfen oder die Löschung der Daten zu verhindern.

Recht auf Widerspruch

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer persönlichen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen. Wir können dem Widerspruch nicht nachkommen, sofern an der Verarbeitung der Daten ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Beschwerde

Jeder betroffenen Person steht das Recht zu, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die Regelungen der DS-GVO verstößt oder wenn sie der Meinung ist, dass ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgegangen wurden. Die zuständige Aufsichtsbehörde für die Gemeinde Bad Essen ist die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Tel. 0511/120 4500, E-Mail: poststellt@ldf.niedersachsen.de.